

Freiburger Nachrichten

Einzige deutschsprachige Tageszeitung im zweiseitigen Format in Freiburg

Freitag, 30. Dezember 2016

Heute mit Schülerartikeln
Zeitung im Gymnasium

A.Z. 1700 Freiburg 1
153. Jahrgang
Einzelverkauf Fr. 3.00*
*Dieser Betrag enthält
2,5% MwSt.

Fusion

Für Nadine Julmy ist der letzte Arbeitstag als Gemeindeverwalterin von Zumholz angebrochen.

Seite 5



Neues Gebäudeversicherungsgesetz kommt vors Freiburger Stimmvolk

Gewerkschaften und linke Parteien waren erfolgreich: Sie haben 9800 Unterschriften für das Referendum gegen das Gesetz über die kantonale Gebäudeversicherung gesammelt.

FREIBURG 6000 Unterschriften sind für ein kantonales Referendum nötig. Der Personalverband Fede, Gewerkschaften, SP, CSP und Grüne haben sogar 9800 gesammelt für ihr Referendum gegen das Gesetz über die kantonale Gebäudeversicherung (KGV). Gestern reichten sie diese bei der Staatskanzlei ein. Mit dem Referendum wehren sie sich gegen jenen Artikel des Gesetzes, der das KGV-Personal einem eigenen Reglement unterstellt. Die Angestellten wären so nicht länger Staatspersonal. «Wir kämpfen gegen einen globalen Abbau des Service public», sagte Fede-Präsident Bernard Fragnière und kritisierte das Freiburger Spital HFR, das für sein Personal auch ein eigenes Reglement fordert. *mir*

Bericht Seite 3



Die Gegner des neuen KGV-Gesetzes haben gestern Bogen mit 9800 Unterschriften zur Freiburger Staatskanzlei gebracht.

Bild Aldo Ellena

Schlagzeilen

ZiG

Fünf Schülerinnen haben die Schokoladenfabrik Villars besucht. Seite 7

Ski alpin

Justin Murisier verpasst in der Kombination das Podest nur knapp. Seite 13

Uhrenhandel

Branche erhofft sich stabilere Exportzahlen dank Swissness-Gesetz. Seite 17

Silvester

Wegen der Trockenheit ist das Zünden von Feuerwerk in einigen Kantonen verboten. Seite 20

Zitat des Tages

«Wir möchten, dass Suchtkranke nicht nur eine Wohnung finden, sondern diese auch behalten können.»

Davide D'Onofrio
Projektleiter Equip/Apparts
Seite 3

Wetter

Ausserhalb des teils zähen Hochnebels überwiegend sonnig.



Seite 20

Inhalt	
Forum/Agenda	10
TV/Radio	16
Börse	17
Kinos	18

Redaktion 026 426 47 47
Abonnemente 026 347 30 00
Inserate 026 347 30 01
www.freiburger-nachrichten.ch



Reklame

Wünscht Ihnen
frohe Festtage
und alles Gute
im 2017

Leibzig-Biland
MEUBLES
MARLY
www.leibzig-biland.ch
026 439 90 90

Initianten sind trotz Geld für Musik enttäuscht

BERN Ab Januar soll das Programm Jugend und Musik die musikalische Aktivität von Kindern und Jugendlichen fördern. Entstanden ist es aus dem Gegenvorschlag zur Initiative «Jugend und Musik». Obschon der Bund jährlich 2,5 Millionen Franken an das Programm bezahlt, sind die Initianten unzufrieden. Sie hatten gefordert, den Musikunterricht in der Schule zu stärken, was ihrer Ansicht nach nicht geschehen ist. *bw/BZ/fg*

Bericht Seite 14

Widerstand gegen Berset wegen Prämien wächst

Die neue Prämienkarte belastet Landgemeinden stärker als städtische Gebiete. Dagegen wehren sich Parlamentarier vom Land.

BERN Noch bis Mitte Januar ist ein Vorschlag für eine Reform der Prämienregionen bei den Krankenkassen in der Vernehmlassung. Sie würde bewirken, dass ab 2018 in einzelnen Kantonen die Prämienlast in ländlichen Gebieten zum Teil massiv steigt, während Städte auf

Entlastung hoffen dürfen. Dass Gesundheitsminister Alain Berset in dieser Frage weitreichende Kompetenzen hat, überraschte im Parlament viele. Der Bundesrat hielt auf eine parlamentarische Anfrage hin fest, das Parlament selbst habe dies mit dem neuen Aufsichtsgesetz beschlossen, das 2016 in Kraft trat. Nun versuchen Nationalräte aus ländlichen Regionen, Berset zurückzuhalten. Noch grösser ist der Widerstand im Ständerat. *fab/BZ*

Bericht Seite 15

Erstmals Waffenruhe für ganz Syrien ausgerufen

Im Bürgerkriegsland sollen die Waffen zwischen Rebellen und Regierungstruppen schweigen. Die Vereinbarung gilt für das ganze Land.

DAMASKUS/MOSKAU Im syrischen Bürgerkrieg sollen die Waffen zwischen Rebellen und Regierungstruppen schweigen. Russlands Präsident Wladimir Putin verkündete gestern eine Kampfpause, die zwischen der russischen und türkischen Regierung ausgehandelt worden

war. Davon sollen radikal-islamische Milizen wie der Islamische Staat (IS) sowie die Kurdenmiliz YPG ausgenommen sein. Die entsprechende Vereinbarung sollte in der Nacht auf heute in Kraft treten. Russland sagte zu, seine Militärpräsenz in Syrien zu reduzieren; die Türkei forderte, dass schiitische Kampfverbände Syrien verlassen. Die Waffenpause soll die Grundlage für Friedensgespräche sowie Verhandlungen im Februar in Genf sein. *sda*

Bericht Seite 19



Fri-Son

Sechs Freiburger Bands im Einsatz

FREIBURG Morgen Abend findet im Fri-Son in Freiburg die zweite Ausgabe des Minifestivals «Rösti Fest» statt, das die Konzertreihe «Château Rösti» ablöst. Das Festival ist jungen Schweizer Bands vorbehalten. Dieses Mal stehen ausschliesslich Freiburger Gruppen auf der Bühne. *cs/Bild ca/a*

Bericht Seite 9

Das Lichtfestival sucht neue Wege

MURTEN Vom 11. bis zum 22. Januar findet das zweite Murten Lichtfestival statt. 36 Artplages werden dann die Altstadt und das Seeufer erleuchten – 13 mehr als bei der ersten Ausgabe. Laut Programmleiter Francis Moret stösst das Festival damit schon bald an seine Grenzen. Künstlerisch setzt das Festival wie 2016 unter anderem auf Videoprojektionen. Neu integrieren mehrere Künstler ihr Publikum aktiv ins Geschehen. Zudem lernen Besucher in einer didaktischen Ausstellung, wie Licht entsteht. Didaktische Ausstellungen erhalten künftig mehr Gewicht. *sos*

Bericht Seite 2

Gewerkschaften bangen um Service public

Den Gegnern des neuen KGV-Gesetzes geht es um mehr als das Personal der Gebäudeversicherung. Sie fürchten einen Globalabbau.

Mireille Rotzetter

FREIBURG Voraussichtlich am 24. September 2017 werden die Freiburgerinnen und Freiburger über das Referendum gegen das neue Gesetz über die kantonale Gebäudeversicherung (KGV) abstimmen. Der Dachverband des Staatspersonals (Fede) hat gestern mit Unterstützung der Gewerkschaften Syna und Unia, des Verbands des Personals öffentlicher Dienste VPOD und der SP, der CSP und der Grünen das Referendum mit knapp 9800 Unterschriften bei der Freiburger Staatskanzlei eingereicht.

«Wir mussten bei der Unterschriftensammlung viel erklären, die Leute waren aber offen für unser Anliegen», sagte Fede-Präsident Bernard Fragnière vor den Medien. Er sei deshalb zuversichtlich, dass das Referendum an der Urne auf Zustimmung stossen werde. Er befürchte ausserdem, dass mit dem neuen Gesetz die Prämien der kantonalen Gebäudeversicherung steigen würden, wovon die gesamte Bevölkerung betroffen wäre.

Stein des Anstosses: Personal

Der Grosse Rat hatte das Gesetz über die kantonale Gebäudeversicherung im September mit grosser Mehrheit angenommen. «Es ist insgesamt ein gutes Gesetz», sagte Benoît Piller, Präsident der

kantonalen SP und Grossrat, gestern. Ein einziger Artikel hat Gewerkschaften und linke Parteien jedoch dazu bewegt, das Referendum zu ergreifen. Das neue Gesetz will den Status des KGV-Personals ändern: Es soll nicht länger dem Gesetz über das Staatspersonal unterstellt sein, sondern ein eigenes Reglement erhalten.

Der abtretende Sicherheitsdirektor Erwin Jutzet (SP) und KGV-Direktor Jean-Claude Cornu hatten diesen Schritt mit der ungenügenden Flexibilität des staatlichen Personalgesetzes begründet. So sei es nicht möglich, den Kaderleuten angemessene Löhne zu bezahlen. Gleichzeitig wären die KGV-Angestellten mit einem eigenen Reglement nicht länger von staatlichen Sparmassnahmen betroffen, was sinnvoll sei, da die KGV die Löhne bezahle und nicht der Staat. Ein eigenes Personalreglement würde zudem den administrativen Aufwand für die KGV verkleinern.

Kritik an Vorgehen

Mit dieser Argumentation von Jutzet und Cornu können die Initianten des Referendums nicht viel anfangen. «Die KGV hat das Versicherungsmonopol, es herrscht absolut kein Wettbewerb. Ich sehe nicht ein, weshalb es einen Leistungslohn braucht», sagte Bernard Fragnière gestern. Studien zeigten, dass Leis-



Fast 9800 Unterschriften sind in der Kiste, die Fede-Präsident Bernard Fragnière der Staatskanzlerin Danielle Gagnaux übergeben hat. Bild Aldo Elkna

tungslöhne immer Verschlechterungen für das Personal brächten.

Jutzet und Cornu hatten im Vorfeld der Abstimmung im Grosse Rat stets darauf hingewiesen, dass das KGV-Personal für den neuen Status sei. «Sie haben aber gar keine Diskussion ermöglicht», sagte Fragnière. Die Fede habe nie die Möglichkeit gehabt, mit den Angestellten zu sprechen und sie auf die Risiken der neuen Gesetzgebung hinzuweisen. Zudem sei es für das Personal schwierig, sich öffentlich gegen das Gesetz auszusprechen.

Befürchteter Abbau

Mit dem Referendum wollen die Fede und ihre Unterstützer die Diskussion nun lancieren. Diese soll sich aber nicht nur um das KGV-Gesetz drehen, sondern um den Service public insgesamt. «Die Wäscherei der Psychiatrie in Marsens und die Kinderkrippe des Freiburger Spitals sind privatisiert worden. Es wird so weitergehen», sagte eine Vertreterin des VPOD. Bernard Fragnière betonte, dass solche Privatisierungen einen Angriff auf den Service public darstellten und

sich die Leistungen dadurch verschlechterten.

Fragnière sprach dabei insbesondere über das Freiburger Spital HFR. Die Direktion und der Verwaltungsrat wünschen sich ebenfalls ein eigenes Personalreglement für die HFR-Angestellten (siehe Kasten). «Wenn das Gesetz über das Staatspersonal schlecht ist, muss man es ändern», sagte SP-Präsident Benoît Piller gestern. «Aber es kann nicht sein, dass jede öffentlich-rechtliche Institution ihr eigenes Personalreglement bekommt.»

Unterschriften prüfen

Was das Referendum zum KGV-Gesetz anbelangt, haben die Gemeinden nun 90 Tage Zeit, die Unterschriften zu kontrollieren. Sind mindestens 6000 gültig, so publiziert die Staatskanzlei im Amtsblatt das Zustandekommen des Referendums. Die Volksabstimmung muss anschliessend innerhalb von 180 Tagen erfolgen. Laut Staatskanzlerin Danielle Gagnaux wird dies vermutlich am 24. September der Fall sein. Ursprünglich hätte das neue KGV-Gesetz Mitte 2017 in Kraft treten sollen.

Gebäudeversicherungen

Blick in andere Kantone

➤ Ist die kantonale Gebäudeversicherung Freiburg ein Einzelfall, wenn sie ihre Angestellten einem eigenen Personalreglement unterstellen will? Nein, zeigt ein Blick in andere Kantone.

Im Kanton Bern ist die Gebäudeversicherung eine privatrechtliche Institution, ihr Personal ist folglich privatrechtlich angestellt und hat nicht den Status von Staatsangestellten. Dennoch besitzt die Versicherung das staatliche Gebäudeversicherungsmonopol: Sie ist die einzige Versicherung im Kanton Bern, welche die Versicherung gegen Feuer- und Elementarschäden anbietet. Tochtergesellschaften der Gebäudeversicherung Bern bieten Sachversicherungen an, welche auch andere Privatversicherer anbieten.

Ähnlich organisiert ist die Glarner Gebäudeversicherung, wie der Vorsitzende der Geschäftsleitung, Hansueli Leisinger, auf Anfrage sagt. Sie ist

jedoch eine kantonale Anstalt, und daher sind die Angestellten im Grunde dem Personalgesetz unterstellt. Die Versicherung hat aber laut Leisinger die Freiheit, im «Wettbewerbsbereich» leistungsbezogene Löhne zu bezahlen, so etwa für Kundenberater. Ebenfalls bietet die Glarner KGV Sachversicherungen an, die finanziell völlig getrennt von der Gebäudeversicherung laufen; auch dort gelten für das Personal andere Regeln.

In St. Gallen, Zug, Schaffhausen oder Appenzell Auserrho-den unterstehen die Angestellten der KGV dem staatlichen Personalgesetz, nicht aber in den beiden Basel. Die Angefragten in Zug und Schaffhausen halten zudem fest, dass sie ein eigenes Reglement begründen würden.

In den Kantonen Genf, Valais, Uri, Schwyz, Obwalden, Appenzell Inneroden und dem Tessin gibt es gar keine kantonale Gebäudeversicherung. *mir*

Freiburger Spital HFR

Internes Schreiben verärgert die SP und die Gewerkschaften

➤ Die Direktorin des Freiburger Spitals HFR, Claudia Käch, sagte es letzte Woche bei der Veröffentlichung des defizitären Budgets 2017 deutlich: «Mit den jetzigen Lohnkosten kann das HFR nicht überleben.» Die Direktion fordert schon seit geraumer Zeit, dass das Personal des Freiburger Spitals ein eigenes Reglement erhält und nicht länger dem Gesetz über das Staatspersonal unterstellt ist. Auch in einem internen Schreiben an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat Käch festgehalten, dass eine solche Änderung notwendig sei.

Die Freiburger SP und der Dachverband der Staatsangestellten (Fede) kritisierten dieses Schreiben gestern in Medienmitteilungen. Die SP bezeichnet es als «Ohrfeige» für die Angestellten, die während den Feiertagen auf diese Weise erfahren, dass sich ihre Anstellungsbedingungen verschlechtern sollen. Es sei am Verwaltungsrat, unternehmerische Lösungen zu finden statt auf dem Buckel der Angestellten zu sparen. Die Fede fordert in ihrem Communiqué gar den Rücktritt von Käch, da diese die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht respektiere. *mir*

Vorschau

Gemeinsam auf die Fusion anstossen

PLAFFEIN Übermorgen Sonntag, am 1. Januar 2017, verschmelzen die politischen Gemeinden Oberschrot, Zumholz und Plaffeien zu einer einzigen politischen Gemeinde mit dem Namen Plaffeien. Um gemeinsam auf dieses historische Ereignis anzustossen, lädt der Gemeinderat der Fusionsgemeinde die gesamte Bevölkerung am Neujahrstag zum Fusions-Apéro in die Mehrzweckhalle Plaffeien ein. Auch die neue Gemeindefahne wird präsentiert und eingeweiht. Die Musikgesellschaft wird das Apéro musikalisch umrahmen, und für die Kleinen steht eine Spieldecke bereit. *ak*

Mehrzweckhalle, Plaffeien, So., 1. Januar, ab 14.30 Uhr.

Verein hilft Süchtigen bei Wohnungssuche

Mit einem kleinen Budget eine bezahlbare Wohnung zu finden, ist an sich schon schwierig. Suchtkranke finden erst recht nichts. Der neue Verein Equip'Apparts will nun Abhilfe schaffen.

FREIBURG Der Wohnungsmarkt ist angespannt – und das bekommen Suchtkranke erst recht zu spüren: Viele Vermieter und Verwaltungen legen ihre Bewerbungen systematisch zur Seite. Das Netzwerk der Freiburger Einrichtungen für Suchtkranke hat darum den Verein Equip'Apparts gegründet. Der Verein will Suchtkranken den Zugang zum Wohnungsmarkt erleichtern. Ganz nach dem Motto «Housing first», wonach die Unterkunft als Voraussetzung für die gesellschaftliche Wiedereingliederung zu verstehen ist, wie der Verein mitteilt. «Viele Suchtkranke hätten das

Geld, um eine Wohnung zu bezahlen», sagt Davide D'Onofrio, Projektleiter bei Equip'Apparts. «Doch trotz Beitrag der Sozialhilfe oder der Invalidentrente wollen die Vermieter sie nicht.» Das könne daran liegen, dass Betreibungen gegen die Suchtkranken vorlägen. «Und viele Vermieter wollen sie wegen ihres Verhaltens nicht.»

Hier setzt der Verein an: Er dient als Vermittler zwischen Suchtkranken und Vermietern. Zum einen als Bürge für die Miete, zum andern, indem er die Suchtkranken sozialpädagogisch begleitet. «Wir möchten, dass sie nicht nur eine Wohnung finden, sondern die-

se auch behalten können», so Davide D'Onofrio. In der bis Mitte 2018 dauernden Pilotphase setzt der Verein dafür 110 Stellenprozent ein. Die Stiftungen Le Tremplin und Le Torry sowie der Verein Le Radeau – welche dem Netzwerk der Freiburger Einrichtungen für Suchtkranke angehören – stellen das Personal zur Verfügung. «Die Begleiter können sofort reagieren, wenn Suchtkranke Probleme mit den Nachbarn haben», sagt D'Onofrio. Sie schauen aber auch, dass die Wohnung aufgeräumt ist, und helfen bei der gesellschaftlichen und beruflichen Wiedereingliederung.

Der Verein Equip'Apparts hilft bei der Wohnungssuche, stellt aber auch selber Wohnungen zur Verfügung: Zurzeit ist der Verein daran, zehn gemeinschaftliche Wohnplätze in vier Wohnungen in der Umgebung von Freiburg einzurichten. Drei Wohnungen im Schönberg gehören dem Verein, andere mietet er direkt an und vermietet sie weiter. In der Pilotphase ist der Verein auf Spenden angewiesen; danach sollte er sich laut Projektleiter Davide D'Onofrio selbst finanzieren können, indem Sozialhilfe und Invalidenversicherung die Dienstleistungen des Vereins vergüten. *njb*

Express

Die Benu-Gruppe will weiter wachsen

FREIBURG Die Freiburger Benu-Gruppe will ihre Marktstellung in der Schweiz weiter ausbauen. Die Apothekenkette hat vor, die Zahl ihrer heute 89 Standorte auf mindestens 150 zu erhöhen, wie Martial Barbier, Delegierter des Verwaltungsrates, gegenüber «La Liberté» sagt. Während die Apotheken in den Kantonen Freiburg, Waadt und Wallis stark vertreten seien, bestehe Entwicklungspotenzial insbesondere in Neuenburg und in der Deutschschweiz, wo Benu untervertreten sei. Die Apothekenkette mit Sitz in Villars-sur-Glâne beschäftigt derzeit an die 900 Mitarbeitende und ist damit die Nummer zwei im Schweizer Apothekenmarkt. *Lib/jg*